

**MEHR**

**GRÜN**

**FÜR DEN KREIS KLEVE.**

**Kommunalwahlprogramm 2014 - 2020**

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**



# Grünes Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2014 im Kreis Kleve

## **PRÄAMBEL: Der Kreis Kleve wird GRÜN**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen einen gerechten, nachhaltigen und vielfältigen Kreis Kleve, in dem allen Menschen Teilhabe und Mitwirkung ermöglicht wird.

Soziale Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Wirtschaften zum Nutzen aller sind wichtige Ziele unserer Arbeit im und für den Kreis Kleve. Die daraus entstehenden Konflikte wollen wir in demokratischen Mitwirkungsprozessen auf Grundlage eines fairen und gerechten Umgangs miteinander lösen. Wir GRÜNE haben gelernt, dass es wichtig ist, pragmatisch zu handeln, ohne dabei unsere Vision aus den Augen zu verlieren. Die Zukunft lässt sich nur gestalten, wenn wir bereit sind, neue Wege zu gehen und eingefahrene Denkgewohnheiten immer wieder auf den Prüfstand zu stellen. Begleiten und unterstützen Sie uns weiterhin auf dem Weg, Vision und Realität zu verbinden.

## **RÄUMLICHE ENTWICKLUNG/UMWELT/KLIMA**

### **Flächenverbrauch eindämmen: „Außen schonen – Innen wohnen“**

In den Innenstädten gibt es zu viel Leerstand. Gleichzeitig werden auf wertvollen Ackerflächen neue Wohngebiete gebaut. Statt den gegebenen Wohnraum zu erneuern, wird er dem Verfall überlassen. Wir wollen diesen Unsinn beenden und die Innenstädte wieder sinnvoll aufwerten. Hierzu ist die Kreativität von Politik und Verwaltung erforderlich. Wir möchten unsere Städte wieder lebenswerter machen.

### **Unser Niederrhein ist kein Selbstbedienungsladen für Kies und Fracking**

Die Kiesindustrie baggert beste Böden weg. Die GRÜNEN haben dieses Thema seit Jahren öffentlich gemacht. Immer mehr Bürger\*innen beginnen sich gegen den Flächenfraß zu wehren. Durch diese Ausgrabungen entstehen riesige Löcher, die einen Zugang zum sonst gut geschützten Grundwasser herstellen. Dadurch können Verunreinigungen vielfacher Art in das Trinkwasser gelangen.

Beim Fracking wird das Grundwasser und damit die Gesundheit der Bürger\*innen durch den Einsatz von einer Vielzahl gefährlicher Chemikalien gefährdet, darum lehnen wir es ab. Wir GRÜNEN werden uns weiterhin dafür einsetzen, unser Lebensmittel Nummer Eins, das Grundwasser, wirksam zu schützen.

### **Auch der Kreis Kleve macht mit - Engagement im Klimaschutz - 100% Erneuerbare**

Das Motto der lokalen Agenda: „Global denken - lokal handeln“ gilt immer noch. Wir wollen die energetische Gebäudesanierung voranbringen. Auf lange Sicht wird dadurch sowohl die Umwelt, als auch der eigene Geldbeutel geschont. Neubaugebiete sollen z. B. mit effizienter Kraftwärmekopplung ausgestattet und nach modernsten ökologischen Kriterien ausgerichtet werden. Ebenfalls wollen wir die erneuerbaren Energien weiter vorantreiben und uns damit unabhängiger von den großen Energieunternehmen machen. Windkraftanlagen mit Bürger\*innenbeteiligung sind ein Teil davon. Aus diesem Grund soll der Kreis Kleve den guten Beispielen anderer folgen und die Regie im Klimaschutz übernehmen. Eine dafür neu zu gründende Klimaschutzagentur soll ein zentrales Instrument sein.

### **Sichere Deiche und effektiver Hochwasserschutz müssen jetzt auf die Agenda!**

Der Klimawandel hat immer mehr Extremwetterlagen zur Folge. Extreme Regenfälle mit sehr hohen Wasserständen im Winter und längere Dürren im Sommer sind Kennzeichen des Wandels. Die Deiche im Kreis Kleve sind auf vielen Abschnitten zu sanieren, um den zukünftig hohen

Anforderungen gerecht zu werden. Bei einem Hochwasser, wie dem an der Elbe, hätten wir am Niederrhein große Probleme gehabt. Wir setzen uns bei allen zuständigen Stellen dafür ein, dass zeitnah ein nachhaltiger Hochwasserschutz sichergestellt wird.

## **VERKEHR**

### **Im Kreis Kleve mobil**

Wer im Kreis Kleve unterwegs ist, ist meist auf ein Auto angewiesen. Weil Mobilität für uns ein Grundrecht der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist, wollen wir auch Menschen ohne Auto mehr Mobilität im Alltag ermöglichen. Der öffentliche Personennahverkehr ist mangelhaft, die Züge im Kreis sind oft nicht zuverlässig, die Bus- und Bahnlinien sind ausbaufähig und ein Radwegkonzept ist meist nicht einmal im Ansatz erkennbar. Beim grenzüberschreitenden Nahverkehr mit den Niederlanden scheint die Grenze noch Realität zu sein. Das wollen wir ändern.

### **Ein umfassendes Verkehrskonzept**

An den rückläufigen Zahlen der Jugendlichen im Kreis Kleve, die einen Führerschein machen, lässt sich ein Wandel vom Auto hin zu intelligenten und flexiblen Alternativen erkennen. Dieser ist angesichts endender fossiler Kraftstoffe und des Klimawandels dringend nötig. Wir wollen Alternativen aufzeigen und den Kreis Kleve zum Vorreiter für Mobilitätskonzepte machen, die den klassischen ÖPNV, Carsharing und (Elektro-)Leihfahrräder verbinden. Dabei kommt es auf gute Verknüpfungen und Anschlüsse zwischen den verschiedenen Systemen an. Durch fahrradfreundliche Rahmenbedingungen und Tempo 30 als innerstädtische Richtgeschwindigkeit wollen wir den PKW-Verkehr in den Innenstädten reduzieren und damit Lebensqualität und Sicherheit verbessern.

Auch der öffentliche Nahverkehr muss attraktiver gestaltet werden und an die Bedürfnisse der Menschen angepasst werden. Anrufbusse und Anrufsammeltaxis können in den Dörfern als Ergänzung zum bestehenden Nahverkehr zur Verbesserung der Mobilität und damit der Lebensqualität beitragen. Der höchst erfolgreiche NightMover für Jugendliche im Kreis Kleve kann als Beispiel dienen.

### **Radverkehr**

Wir sehen im Radverkehr auch wegen der E-Bikes große Potentiale. Um diese zu nutzen, müssen mehr Angebote für Radfahrer\*innen im Straßenraum gemacht, mehr Radwege gebaut und auch Radschnellwege zu den Mittel- und Oberzentren angelegt werden, wie dies z. B. in den Niederlanden geschieht. Auch moderne Fahrrad-Abstellanlagen gehören an die Schnittstellen zum öffentlichen Verkehr. Dazu brauchen wir umfassende Radkonzepte, die weder an den Grenzen der Kommunen, noch der niederländischen Grenze aufhören. In der Stadt Kleve haben wir ein solches Konzept mit vorangetrieben und können bereits erste Erfolge vorweisen.

### **Mit dem Zug von Kleve nach Nijmegen**

Nijmegen, Groesbeek, Kranenburg und Kleve, die Euregio und die beiden Hochschulen wollen den Betrieb auf der stillgelegten Strecke wieder aufnehmen. Die Syntropherstudie hat 2011 bewiesen, dass die Reaktivierung der Strecke als Verlängerung der RE10 auch ökonomisch sinnvoll ist. Der Kreis Kleve muss seine Verantwortlichkeit wahrnehmen und sich aktiv an einem Projektbüro zur Reaktivierung beteiligen. Wir möchten damit auch die weitere Aufwertung des Standortes Kleve für Wirtschaft und Hochschule voranbringen.

### **Betuwe-Linie nicht auf dem Rücken der Bevölkerung**

Wir begrüßen im Sinne des Umwelt- und Klimaschutzes, dass der wachsende Gütertransportverkehr über einen leistungsfähigen Schienenverkehr abgewickelt werden soll. Die Umsetzung des geplanten Megatransportkorridors erfolgt aber auf dem Rücken der Bevölkerung. Statt die Städte hinter meterhohen Betonmauern verschwinden zu lassen, fordern wir eine städtebaulich anspruchsvolle Lösung die modernsten Lärmschutzstandards gerecht wird. Die Trennwirkung für die Städte und Dörfer muss durch den Erhalt möglichst vieler Übergänge reduziert werden. Die Sicherheitskonzeption und Forderungen der Feuerwehr soll verbindliche Grundlage der weiteren Planung sein.

### **Kein Steuergeld für das Millionengrab Flughafen**

Mit vielen Millionen Euro und dem Ankauf wertloser Anteile unterstützen CDU und SPD den Flughafen in Weeze und damit eine besonders klimaschädliche Fortbewegungsart. Der Flughafen kann zurzeit weder seine Verbindlichkeiten noch die dafür anfallenden Zinsen zurückzahlen. Zeitgleich beschäftigt er viele Menschen so schlecht, dass sie noch Geld vom Staat brauchen, um genug zum Leben zu haben.

**Wir sagen:** Kein Geld für einen Flughafen, der auch in absehbarer Zukunft, in Abhängigkeit vom Wohl einer einzigen Fluglinie, nur Defizite erbringen wird.

## **WIRTSCHAFT**

In den letzten 25 Jahren wurde die soziale Marktwirtschaft zu Lasten der Arbeitnehmer\*innen abgebaut. Dies hatte zur Folge, dass Unternehmen immer mehr die Möglichkeit bekommen haben, die Angestellten unterhalb des Lohnniveaus zu beschäftigen. Teilzeitarbeit, Leiharbeit, Werkverträge und schlechte Bezahlung werden immer mehr zur Regel. Deutschland gilt innerhalb Europas mittlerweile als Billiglohnland. Die Folgen sind gebrochene Erwerbsbiografien, mangelnde Zukunftsperspektiven und Lebensunsicherheit.

Erkennbar wird der schlechte Zustand auch an dem Zulauf der Tafeln. Immer mehr Menschen sind darauf angewiesen, weil sie nicht genug Einkommen haben, um sich selbst zu versorgen. Wir wollen im Kreis ein Zeichen für vernünftige Arbeitsbedingungen setzen und dafür beispielsweise die Erteilung von öffentlichen Aufträgen an ausreichend hohe soziale, aber auch ökologische Standards knüpfen. Ein Mindestlohn von 8,50 € ist nur ein erster Schritt. Von 100 Einwohnern im Kreis Kleve befinden sich 6 im SGB II Leistungsbezug (Stand 13. 01. 2014).

Der Kreis Kleve ist geprägt von mittelständischer Wirtschaft, die Ausbildung und Arbeitsplätze garantiert. Diese Strukturen müssen zum Schwerpunkt der Wirtschaftsförderung werden und nicht hauptsächlich die Bereitstellung von Großflächen für die Logistik.

Ein anderes Wirtschaften, das nicht auf Raubbau, sondern auf intelligentem Wachstum mit der Natur beruht, ist möglich. Mit einem Umbau unserer Produktionsweise auf Basis hocheffizienter Technologien und erneuerbarer Energien können wir den Weg in die ökologische Moderne schaffen. Ökologie, Wachstum und Wohlstand müssen sich nicht ausschließen.

### **Bedeutung der regionalen Wirtschaft stärken**

Ebenso rücken wir die Bedeutung der regionalen Märkte, Genossenschaftsstrukturen und die Selbstvermarktung wieder stärker in das Interesse des wirtschaftlichen Handelns. Wir möchten dafür sorgen, dass die regionale Wirtschaft, also das, was vor Ort produziert wird, stärker als bisher gefördert wird. Das gäbe vielen Menschen die Chance, selbst zu handeln und als Konsument\*in wieder auswählen und bestimmen zu können, was und wen ich mit meinem Geld unterstützen möchte.

## **Gütesiegel Niederrhein**

Dies würde uns allen aus dem lähmenden Abwarten heraushelfen - neue Initiativen und Kräfte freisetzen.

### **Folgende Initiativen wollen wir voranbringen:**

- Die Selbstvermarktung der Produkte in der Region (Euregio Rhein-Waal).
- Vorhandene Labels wollen wir unterstützen.
- Das grenzüberschreitende Projekte "oregional" wollen wir weiterentwickeln.
- Traditionelle Genossenschaftsstrukturen stärken bzw. wiederbeleben.
- Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft, weg von der industriellen Massentierhaltung und Monokulturen.

## **KITA, SCHULE UND AUSBILDUNG**

### **Vom Nebeneinander zum Miteinander**

Beim Ausbau der U3-Plätze ist der Kreis Kleve vorangegangen. In einigen Städten mangelt es leider immer noch an Plätzen. Wir benötigen einen weiteren Ausbau, sowohl für Kinder unter als auch über 3 Jahren, für Kinder mit und ohne Behinderung in integrativen Gruppen. Wir fordern eine verlässliche, hochwertige Kinderbetreuung und -förderung sowie eine tarifgerechte Bezahlung der Betreuungskräfte mit einem verbesserten Personalschlüssel (Anzahl Kinder pro Erzieher\*in). Die Öffnungszeiten der Kindergärten müssen so flexibel sein, dass sie sich den beruflichen Anforderungen der Eltern anpassen.

Eine individuelle, frühkindliche Förderung von Anfang an soll als gesellschaftliche Bildungschance verstanden werden und nicht als Stigma. Wir sehen hier die Chance, den immer weiter steigenden Kosten der Eingliederungshilfe wirkungsvoll entgegenzutreten.

### **Jedes Kind ist wichtig!**

Im Kreis Kleve haben sich die Möglichkeiten zu längerem gemeinsamen Lernen durch die Schaffung von Sekundar- und Gesamtschulen verbessert. Dies ist allerdings nur ein erster Schritt auf dem Weg zu einem inklusiven Bildungssystem, welches jedem Kind gerecht wird. Inklusion ist ein Menschenrecht und nicht verhandelbar! Deshalb müssen wir alles dafür tun, damit die Schulen im Kreis Kleve sowohl räumlich als auch personell diesem wichtigen Thema gewachsen sind.

### **Dies bedeutet:**

- Schaffung von Barrierefreiheit an den Schulen
- Know-how-Transfer zwischen den Lehrkräften aller bisherigen Schulsysteme
- geregelte Kooperation der Förderschulen in Kreisträgerschaft mit den Regelschulen
- Unterstützung offener Unterrichtsformen
- individuelle Schullaufbahnplanung
- Ausbau des Ganztagsangebotes
- Sicherstellung flächendeckender Schulsozialarbeit
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Kreisschülervertretung bei bildungspolitischen Entscheidungen beteiligt wird. Konkret wollen wir mindestens drei Schüler\*innen in der Bildungskonferenz des Kreises, damit die Belange der Schüler\*innen in alle drei zeitgleich tagenden Arbeitskreise eingebracht werden können.

### **Ausbildung und Studium**

Zugangsmöglichkeiten zu Ausbildung und Studium müssen erleichtert werden.

### **Darum wollen wir:**

- Vermittlung von Teilkompetenzen, die zu Ausbildungsabschlüssen führen
- Eltern eine Ausbildung oder ein Studium in Teilzeitform ermöglichen
- weitere duale Studiengänge schaffen
- Angebote der Fort- und Weiterbildung ausbauen

### **Moderne Medien nutzen**

Unsere Kinder brauchen Schulen mit einer modernen und funktionierende Ausstattung. Im 21. Jahrhundert gilt das insbesondere für die technische Ausstattung. Die Vermittlung von Medienkompetenz und der Umgang mit Technik darf nicht zu kurz kommen.

## **SOZIALES**

### **Wohnen im Kreis Kleve**

Die Wohnsituation gestaltet sich zunehmend schwieriger. Anhaltender Zuzug, steigende bzw. hohe Mieten bei Neuvermietung haben zur Folge, dass für immer mehr Menschen Wohnraum unbezahlbar wird. Wir wollen ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum für alle, die darauf angewiesen sind. Wir wollen den sozialen Wohnungsbau wieder anstoßen und eine Quartiersentwicklung möglich machen wie z. B. Mehrgenerationenhäuser. Wir stehen für die Förderung des Mehrgenerationenwohnens, denn dieses Modell ist ein Baustein einer sozialeren Zukunft.

Wo es sinnvoll ist, wollen wir Straßen in Wohngebieten als Spielstraßen ausweisen.

### **Mängel beheben - Soziale Beratung verbessern**

Etwa 50 Prozent aller Grundsicherungsbescheide aus dem Kreis Kleve weisen nach juristischen Überprüfungen Mängel auf. Richtlinien wurden nicht richtig umgesetzt, Leistungen falsch berechnet, Einkommen unrichtig berücksichtigt und Leistungskürzungen unberechtigt ausgesprochen. Die Bescheide über Grundsicherungsleistungen und die Berechnungsgrundlagen sind für die Leistungsempfänger in der Regel weder nachvollziehbar, noch verständlich. All dies führt oft zu einem Gefühl von „staatlicher Willkür“ und Verdrossenheit.

### **Wir fordern:**

- Die Leistungsbescheide des Kreises Kleve müssen in einer verständlichen einfachen Sprache und hinreichend begründet auf nachvollziehbarer Art erstellt werden.
- Die Arbeitsbelastungen in den Grundsicherungsämtern müssen überprüft werden, die Mitarbeiter\*innen geschult und unterstützt werden, damit die Fehlerquote sinkt.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass die unabhängigen Beratungsangebote für Grundsicherungsempfänger ausgebaut werden.
- Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes sind aktiv zu bewerben sowohl bei den Anspruchsberechtigten wie auch in Kindergärten, Schulen und Vereinen. Das vom Bund dafür überwiesenen Geld ist vollständig auszugeben.
- Landesjugendämter haben hervorragende Qualitätsstandards für die Pflegekinderarbeit entwickelt. Da diese Standards nur Empfehlungen sind, haben sie keinen verpflichtenden Charakter gegenüber den kommunalen Jugendhilfeträgern. Hier sehen wir einen Handlungsbedarf, der ähnlich wie im Vormundschaftsbereich Mindeststandards für qualitativ gute soziale Arbeit fordert.
- Fallzahlen von maximal 30 Kindern pro Vollbeschäftigten in der Kinder- und Jugendhilfe
- frühzeitige, professionelle Begleitung von jungen Eltern als Regelleistung und nicht nur als Krisenmanagement
- Es müssen Pflegestellen nach §33 Absatz 2 SGB VIII vorgehalten werden.

## **FRAUEN- UND GENDER-POLITIK**

Wir stehen dafür, dass Frauen die Hälfte der Macht und die Hälfte der Verantwortung bekommen. Mit der Frauenquote und der Mindestparität macht es unsere Partei vor: Frauen sind bei uns längst erfolgreich in allen Ebenen etabliert. Anders als andere Parteien betrachten wir Frauenpolitik dabei nicht als Randthema der Familien- oder Sozialpolitik, sondern als eigenständige Disziplin, die als Querschnitt in andere Politikbereiche hineinreicht. Eine konsequente Nachfrage und Prüfung, welche Auswirkungen Beschlüsse, Maßnahmen und Entscheidungen auf Männer und Frauen haben, sind das Instrument zur Verbesserung der Geschlechtergerechtigkeit. Offensive Frauenpolitik unterscheidet uns von den anderen Parteien. Wir engagieren uns ebenso für Mädchen und deren Vielfalt, wir setzen uns für Geschlechtergerechtigkeit und gelungene Geschlechterbeziehungen ein. Wir wollen Frauen mit Kindern die Möglichkeit geben, erwerbstätig sein zu können.

### **Wir GRÜNE fordern und fördern unter anderem:**

- den Ausbau von ganztägigen Kita-Plätzen und Ganztagschulen
- ein Recht auf Rückkehr zur Vollzeitbeschäftigung nach Eltern- und Familien(Pflege)-zeit
- qualifizierte Angebote nach jahrelanger Familienzeit für Erwerbslose und Wiedereinsteiger\*innen
- flexible Arbeitszeitmodelle
- Sicherung einer verlässlichen Finanzierung des Frauenhauses und der Frauenberatungsstellen
- Einführung von Gender Budgetierung im Kreishaushalt
- mehr Akzeptanz von Vätern in Eltern- und Teilzeit
- weiter kritische Begleitung und Ausbau des Bildungs- und Teilhabepaketes
- Darüber hinaus setzen wir uns für eine eigenständige Existenzsicherung zur Vermeidung von Altersarmut bei Frauen ein.

Die Vielfalt in modernen Gesellschaften rückt zunehmend in den Fokus von Organisationen, Institutionen und Unternehmen. Neue Formen der Arbeitsteilung, veränderte Familienmodelle und eine damit einhergehende signifikante Veränderung der Rollenbilder erfordern differenzierte und effektive Handlungsweisen und Methoden im Umgang mit neuen Strukturen. Chancengleichheit in modernen Gesellschaften muss neben der Maßgabe Gleiches gleich zu behandeln auch dem Grundsatz Ungleiches ungleich zu behandeln genügen.

## **INTEGRATIONS- UND FLÜCHTLINGSPOLITIK**

Wir wollen echte Chancengerechtigkeit bei Bildung und Arbeit und kulturelle Selbstbestimmung auch für Zuwanderer und Flüchtlinge. Unsere Wirtschaftsstruktur mit vielen Unternehmen aus Logistik und Landwirtschaft bietet viele Arbeitsverhältnisse für Saisonkräfte und Zeitarbeiter\*innen. Die große Nachfrage bei diesen meist im unteren Lohnsegment liegenden Jobs zieht viele Arbeitskräfte aus den östlichen Nachbarländern in den Kreis Kleve. Darunter sind immer mehr Familien, die sich auf Dauer bei uns niederlassen wollen. Sprachkurse in der Schule, aber auch für die Erwachsenen sind die Grundvoraussetzung für echte Chancengerechtigkeit bei Bildung und Arbeit und damit Basis der Integration.

Alle hier lebenden Menschen sollen Teil unserer Gesellschaft sein. Wir wollen deshalb die Qualität von Integrationskursen und die Sprachförderung in Kitas verbessern, Deutschkurse für alle Interessierten ermöglichen und Mehrsprachigkeit als Ressource für unsere heimische Wirtschaft nutzen. Wir wollen gesellschaftliche Vielfalt leben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen die Abschottungspolitik an den Außengrenzen Europas strikt ab und unterstützen alle Maßnahmen, um die aus Kriegsgebieten und wegen Verfolgung zu uns geflohenen Menschen, im Kreis Kleve menschenwürdig unterzubringen. Integration kann nur durch dezentrale Unterbringung in Nachbarschaft und durch aktive Unterstützung gelingen. Den Flüchtlingen muss von Anfang an der Zugang zu Bildung, Gesundheitswesen, Integrationskursen, Spracherwerb und Kommunikationsmedien ermöglicht werden. Dazu gehört auch, als Baustein der Integrationspolitik die Regelleistung bar zu gewähren.

## **IHRE BÜRGERNAHE VERWALTUNG - DIE MÖGLICHKEITEN DES DIGITALEN ZEITALTERS NUTZEN**

### **Der Kreis Kleve ist ein moderner und sozialer Arbeitgeber**

Die Bürger\*innen fordern von der Kreisverwaltung eine flexible, serviceorientierte und verantwortungsvolle Einstellung. Dies erfordert Mitarbeiter\*innen, die als Mensch und Mitarbeitende ernst genommen werden. Eine Bezahlung nach Tarif und ein modernes menschliches Management sind hierfür eine wichtige Voraussetzung; Teilzeitarbeit für Männer und Frauen darf keine Aufstiegschancen kosten. Das fördern von Engagement und Weiterentwicklung im Beruf sind ebenso nötig wie ein menschlicher Umgang miteinander: Nur in einer solchen Kultur entsteht eine moderne Verwaltung mit der Qualität, die der/die Bürger\*in will und verdient. Eine tarifgerechte Bezahlung in allen kreiseigenen Einrichtungen sollte selbstverständlich sein.

Wir fordern die Umsetzung der UN-Rechtskonventionen mit ihrem Leitgedanken der selbstverständlichen und vollständigen Teilhabe umfassend umzusetzen. Dies setzt voraus, dass die öffentlichen Einrichtungen im Kreis Kleve barrierefrei gestaltet sind sowohl was die Gebäude angeht als auch die Dienstleistung der Verwaltung.

### **Transparente Entscheidungen und echte Bürger\*innenbeteiligung**

Bereits heute gibt es Beteiligungsmöglichkeiten durch eine engagierte Zivilgesellschaft vor Ort in Bürger\*inneninitiativen, im Internet oder in kommunalen Vertretungen. Damit diese auch genutzt und mit Leben gefüllt werden können, muss zunächst mehr Informationszugang durch Transparenz und Offenheit geschaffen werden. Wer sich nicht informieren kann, kann auch nicht an ausgewogenen Entscheidungen mitwirken. Dazu müssen Vorlagen und Beschlüsse des Kreistages und der Ausschüsse mit allen Hintergrundinformationen schneller und einfacher auffindbar sein. Interessierten Bürger\*innen wird es damit möglich gemacht, sich über kommunale Entscheidungen zu informieren.

Deshalb müssen alle Daten öffentlicher Stellen und Verwaltungen frei zugänglich sein. Dieser Grundsatz findet seine Schranken im Schutz der Persönlichkeitsrechte oder in übergeordneten Sicherheitsinteressen. Es soll nicht mehr diskutiert werden, welche Daten warum veröffentlicht werden, sondern vielmehr, warum etwas nicht öffentlich zugänglich gemacht werden sollte. Damit sollen Politik, Regierung und Verwaltung den Open-Government-Gedanken stärker Wirklichkeit werden lassen. Diesen Wandel wollen wir gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gehen und ihre eigenen Ideen und Verbesserungen für mehr Transparenz und demokratische Teilhabe einbeziehen.

Open Data ist als Teil von Open Government Voraussetzung für erfolgreiche Bürger\*innenbeteiligungsprozesse. Wir fordern, Open Data auch im Kreis Kleve einzuführen und begrüßen einen kreisweiten Zusammenschluss der Kommunen zur Einführung von Open Data. Offenheit heißt für uns auch technische Offenheit. Wir machen uns stark für den Einsatz freier und offener Software auf allen Ebenen öffentlichen Handelns. Der Einsatz offener Standards, Schnittstellen, Formate, Protokolle und freier Lizenzen muss verbindlich sein, um Informationen maschinenlesbar bereitzustellen und damit vollumfänglich für alle nutzbar zu machen. Um in der Bevölkerung ein breites Verständnis für offene Standards zu wecken, wollen wir Open



Education Ressources in allen Bildungseinrichtungen fördern. Hierbei handelt es sich um unter freien Lizenzen stehende und in offenen Formaten angebotene hochqualitative Lehr- und Lernmaterialien, die den Lehrenden eine Weiterbearbeitung ermöglichen und den Einsatz zu Hause, in der Schule, auf dem Tablet-Computer oder auch online ermöglichen.

### **Freien Zugang zu freien Netzen**

Wir wollen freies und kostenloses WLAN an öffentlichen Plätzen und Gebäuden einrichten. Dadurch entsteht sowohl für Einwohner\*innen als auch Gäste aus den Niederlanden ein Mehrwert. Wir unterstützen den Aufbau eines Netzes von freien öffentlichen WLAN-Hotspots.

Die GRÜNEN Kreisverband Kleve  
Brücktor 2  
47533 Kleve  
[www.gruene-kreis-kleve.de](http://www.gruene-kreis-kleve.de)

